

Die Aufgaben des Ernährungsamts.

Herr v. Batocki im Reichstagsauschuß.

N. Berlin, 25. Mai. (Priv.-Tel.) Die heutige Sitzung des Reichshaushaltsauschusses begann damit, daß Unterstaatssekretär von Stein die Anfrage stellte, ob der Ausschuß am Samstag tagen werde, es sei eine Sitzung des Beirates für denselben Tag in Aussicht genommen, die aber auch verschoben werden könne.

Ein volksparteilicher Abgeordneter führte aus, solange der Präsident des neuerrichteten Kriegsernährungsamtes nicht in der Kommission anwesend sein könne, scheine ihm die Idee wenig Zweck zu haben. Die Rechtslage sei doch so, daß durch das Ermächtigungsgesetz der Reichstag dem Bundesrat die Befugnis übertragen habe, von sich aus, ohne den Reichstag erst zu befragen, rechtskräftige Anordnungen auf wirtschaftlichen Gebieten zu erlassen. Nun habe der Bundesrat diese Befugnisse dem Reichstagler Bezv. dem Präsidenten des neuerrichteten Amtes übertragen. In demselben Ermächtigungsgesetz habe der Reichstag sich vorbehalten, bei seiner jedesmaligen Tagung zu verlangen, daß die inzwischen ergangenen Anordnungen aufgehoben würden. Der Reichstag und die Kommission ständen also jetzt vor der Frage, ob sie mit der

Errichtung des neuen Kriegsernährungsamtes

einverstanden seien. Es sei eine juristische Frage, ob der Bundesrat überhaupt berechtigt sei, ohne weiteres seine Befugnisse weiter zu übertragen an einzelne Personen. Da aber weder in der Kommission noch im Plenum diese Frage bisher aufgeworfen worden sei, scheine der Reichstag stillschweigend mit der neuen Einrichtung einverstanden zu sein. Es erübrige sich also eine Debatte über diese Frage, die damit schon gelöst sei. Der Ausschuß und das Plenum hätten sich jetzt lediglich an den Präsidenten des neuen Amtes zu halten, denn sonst sei keine verantwortliche Person vorhanden, und deshalb sei eine Debatte über Organisation und auch über Einzelheiten eigentlich gegenstandslos, so lange der neu ernannte Herr sich der Kommission nicht vorgestellt hätte. Es müßte doch darauf hingewiesen werden, daß die gestrige Debatte wohl kaum irgend welche Förderung auf dem Gebiete der Volksversorgung habe schaffen können. Vielleicht hätte der neuernannte Präsident wesentlich zur Abkürzung, Vereinfachung und Fruchtbarmachung der Debatte beitragen können, wenn er sich gestern die Zeit genommen hätte, sich der Kommission vorzustellen und ihr sein Programm zu entwickeln, das er vorher bereits der Presse abgegeben habe. Allerdings hätte ja der Unterstaatssekretär v. Stein das, was man zwei Stunden vorher in einem Berliner Blatte hätte lesen können, in liebenswürdiger Weise der Kommission vorgetragen, aber dem Redner schien das doch nicht die richtige und der Würde des Reichstags und des Reichshaushaltsauschusses entsprechende Form einer derartigen Mitteilung zu sein.

Es folgte noch eine längere Aussprache, deren Ergebnis der Beschluß war, Samstag zu tagen und jetzt in die Debatte einzutreten.

Ein Regierungsvertreter gab Auskunft über die ungenügende Hafer- und Gerstenernte. In Graubünden ständen 80 Gramm pro Kopf und Tag zur Verfügung. Der Futtermittelbedarf der Heeresverwaltung ist bis zur nächsten Ernte gedeckt.

Ein bayerischer Zentrumsabgeordneter berichtete, daß infolge der engen Fühlung zwischen Landwirtschaft und Brauerei der bayerischen Zentralstelle für Brauereibedarf 48 Prozent des Getreidebedarfs geliefert werden könne. Ein Vergleich zwischen Bayern und Norddeutschland würde unbillig gegen die Brauereien und gegen die Landwirte sein, denn die letzteren hätten Gerste geliefert in Erwartung der Rückgabe der Brauereirückstände.

Inzwischen war der Präsident des Kriegsernährungsamtes

v. Batocki

in den Saal getreten. Er wurde vom Vorsitzenden der Versammlung vorgestellt und nahm das Wort zu folgenden Ausführungen:

In den nächsten Tagen werde er nicht die Zeit erübrigen können, in der Kommission zu erscheinen, weil er begreiflicherweise mit Arbeiten überhäuft sei, zunächst um sich über dieses schwierige neue Gebiet zu orientieren. Er habe aber doch das Bedürfnis gehabt, sich der Kommission vorzustellen und in möglichst kurzen Worten auszusprechen, wie er sich die Entwässerung in seinem neuen Amte denke. Er habe sich bisher als Privatmann und auch als oberster Beamter einer Provinz mit Ernährungsfragen eingehend beschäftigt. Aber es sei doch eine ganz andere Sache, jetzt an der Spitze des Kriegsernährungsamtes zu stehen, das die Versorgung der ganzen Bevölkerung des Reiches in die Hand nehmen solle. Dazu bedürfte er einer eingehenden Orientierung und sei deshalb mit Arbeiten überhäuft. Zunächst halte er es für absolut notwendig, daß ein

besseres Zusammenarbeiten von Heeres- und Zivilverwaltung

in Bezug auf die Versorgung der Bevölkerung eintrete, und es werde sein Bestreben sein, dies möglichst herbeizuführen. Er bedauere, daß er durch die vielfachen Erörterungen in der Presse so sehr in den Vordergrund gerückt sei. Man knüpfe an seine Person vielleicht Erwartungen, die er nicht erfüllen könne, denn selbstverständlich könne er nicht auch Vorräte schaffen, die nicht vorhanden seien, und selbstverständlich sei auch die Wirkung von Eingriffen auf diesem Gebiet nicht von heute auf morgen zu erwarten. Er wolle aber nicht unterlassen, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß ohne willige Mitwirkung der bundesstaatlichen Organe und Behörden nichts erreicht werden könne, und ebenso wenig, wenn nicht auch die Bevölkerung ihm ihre willige Mitwirkung zu Teil werden lasse. Wenn die von ihm zu treffenden Maßnahmen nicht von dem guten Willen jeder einzelnen behördlichen Stelle und sowohl der Konsumenten als der Produzenten getragen werde, werde er keine Erfolge erzielen können. Daß in Belgien die Volksernährung so glatt gehe, liege vielleicht daran, daß dort von vornherein die Gemeinde in den Dienst der Sache gestellt haben. Er werde also auf die willige

Mitwirkung der Gemeindeverwaltungen

angewiesen sein, um Erspriechliches zu erreichen. Hierzu sei die Zentralisation absolut notwendig, denn nur sie verbürge rasche Versorgung mit Lebensmitteln und vor allem auch eine Verteilung der vorhandenen Lebensmittel. Notwendig werde es auch sein, alle die ergangenen Bestimmungen in übersichtlicher Weise zu sammeln, so daß diejenigen Stellen und Behörden, die sie ausführen sollen, die Möglichkeit haben, sie zu verstehen und zu kennen. Zunächst müsse natürlich für die Versorgung des Heeres gesorgt werden, erst dann könne die Zivilbevölkerung in Betracht kommen. Am schwersten werde die Versorgung der Großstädte sein, schon etwas weniger die der Mittelstädte und am leichtesten werde natürlich die der kleinen Städte und des platten Landes sein. Der Präsident will auch nicht unausgesprochen lassen, daß nicht mit harter Hand raube Eingriffe in die Produktion und alle Konsumgebiete am Platze seien. Man dürfe nicht vergessen, daß die Produktion nicht Selbstzweck sei, sondern nur dazu dienen müsse, die Konsumenten zu versorgen, aber man dürfe auch nicht vergessen, daß man die Produktion nicht durch raube Eingriffe fördern dürfe. Wenn der Bauer die Kuh, die Milch geben soll, nicht ordentlich füttere, werde er vergeblich auf großen Milchertag hoffen, und wenn er dieselbe Kuh beim Melken mit dem Schemel stoße, dann werde er auch nicht die Produktion fördern. Andererseits müßten auch die Verbraucherkreise darauf hingewiesen werden, daß den nun einmal bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen ist und daß die Verbraucher die aus diesen Verhältnissen entstandenen Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten nicht ohne weiteres auf die Schuld der Produzenten schieben dürften. Selbstverständlich hänge vom

Ausfall der Ernte

die größere oder geringere Schwierigkeit der Versorgung ab. Man solle nicht vergessen, daß die schlechte Ernte von 1914 und die noch schlechtere von 1915 die Ursache all der vielen Mißstände sei, die wir heute beklagen. Der Redner wies dann auf die Veröffentlichung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ von vorgestern über die Ernteaussfälle im Vergleich zu 1913 hin und schloß damit, daß er, um seine Ziele zu erreichen, wahrscheinlich Geld nötig haben werde, er bitte den Ausschuß schon jetzt, den etwaigen Anforderungen wohlwollend gegenüberzutreten zu wollen. Als Oberprä-